

Energiewende CDU kontra CSU

In der Debatte über den Verlauf von Stromtrassen formiert sich nun auch in der CDU Widerstand gegen Extrawünsche aus Bayern. „Die Energiewende kann keinen Erfolg haben, wenn 16 Bundesländer meinen, autarke Energiekonzepte umsetzen zu können“, schreibt der Chef der CDU in Schleswig-Holstein, Ingbert Liebing, an Bayerns Wirtschaftsministerin Ilse Aigner. Die CSU blockiert seit Monaten Entscheidungen über den Ausbau von Stromtrassen nach Bayern. Parteichef Horst Seehofer will zunächst in Gesprächen mit Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) Subventionen für Gaskraftwerke durchsetzen. Dagegen wehren sich nun führende CDU-Politiker. „Schon jetzt zahlen Stromkunden im Jahr über 20 Milliarden Euro für die Erneuerbaren Energien“, sagt Fraktionschef Volker Kauder. „Da können wir nicht unbegrenzt draufsatteln. Daher bin ich sehr zurückhaltend, was neue Subventionen für Gaskraftwerke angeht.“ Kauder fordert zudem den Ausbau der Stromtrassen in den Süden. „Die Energie aus Wind lässt sich nun einmal besonders gut im Norden erzeugen. Dieser Strom muss in den Süden kommen.“ mp

Mietpreisbremse Union stellt neue Forderungen

Das Bundesjustizministerium und die Unionsfraktion streiten über die Mietpreisbremse. Eigentlich hat der Gesetzentwurf, mit dem die Koalition die Verteuerung von Mietwohnungen in beliebten Gegenden stoppen will, schon das Kabinett passiert. Nun fordert der Unions-Parlamentskreis Mittelstand um CDU-Mann Christian von Stetten, im Entwurf noch zwingende Regeln für die Mietspiegel aufzunehmen, in denen die ortsüblichen Vergleichsmieten ausgewiesen werden. „Man kann

keine Mietpreisbremse verhängen, ohne den Mietparteien Klarheit zu geben, wie hoch die örtlichen Mieten sind“, sagt Stetten. „Zumindest sollte eine Übergangsfrist vorgesehen werden, innerhalb derer die Kommunen Mietpreisspiegel einführen müssen.“ Doch das von Heiko Maas (SPD) geführte Justizministerium lehnt es ab, den fertigen Entwurf aufzuschneiden: „Er ist vom Kabinett beschlossen worden, und es gab eine politische Einigung mit den Fraktionsvorsitzenden, insofern sehen wir keinen Änderungsbedarf“, so ein Sprecher des Ministers. ama

Bundesregierung Auf den Spuren der Nazis

Das Bildungs- und Forschungsmuseum sowie das Innenministerium wollen die eigene NS-Belastung von Wissenschaftlern aufarbeiten lassen. Damit werden dann Historikerkommissionen bei insgesamt sechs Bundesministerien (Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Justiz, Inneres, Bildung und Forschung) die jeweilige Frühgeschichte erforschen. Das Auswärtige Amt hatte bereits 2010 eine Studie („Das Amt“) vorgelegt. Inzwischen lassen auch

das Bundesarchiv, der Bundesrechnungshof, der Bundesgerichtshof, der Bundesnachrichtendienst und das Bundesamt für Verfassungsschutz nach Kontinuitäten zwischen der Nazi-Zeit und der Bundesrepublik Deutschland suchen oder haben dafür Vorstudien in Auftrag gegeben. Einige Kommissionen sollen klären, in welchem Ausmaß NS-belastete Beamte beschäftigt wurden, andere sollen zudem feststellen, was diese taten. Die wichtigste deutsche Behörde lehnt allerdings bislang eine Aufarbeitung ab: das Kanzleramt. klw



Bundeswehrfahrzeug „Eagle“ in Afghanistan

Polizei Schutzlos gegen Islamisten

Die deutsche Polizei wäre bei einem islamistischen Terrorangriff wie in Paris vor gut drei Wochen relativ schutzlos. Das geht aus einer internen Analyse für Bundesinnenminister Thomas de Maizière hervor. Danach verfügt weder die Bundespolizei noch eine andere Polizeidienststelle über geeignete Fahrzeuge oder Schutzkleidung. Sowohl bei der Bundespolizei als auch bei den Bereitschaftspolizeien der Länder biete die vorhandene Ausstattung keinen Schutz gegen „die von den Attentätern in Paris verwendeten Schusswaffen des Typs Kalaschnikow“, heißt es in dem internen Schreiben an den Minister. Gegebenenfalls könnten die Polizeikräfte von Bund und Ländern deshalb „an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit gelangen“. Derzeit er-

wartet die Bundespolizei zehn gepanzerte Fahrzeuge vom Typ „Eagle“, die gegen Kalaschnikow-Beschuss geschützt sind und gerade von Afghanistan nach Deutschland gebracht wurden. Darüber hinaus gibt es innerhalb der Führung der Bundespolizei Überlegungen, Spezialeinheiten mit entsprechender Schutzausrüstung für die Abwehr von Terrorangriffen zu bilden. Zudem sollte jeder der knapp 80 Inspektionen, hieß es aus dem Bundespolizeipräsidium, ein gepanzertes Fahrzeug – Neupreis über 500 000 Euro pro Wagen – zur Verfügung stehen. In dieser Woche war de Maizière bei Finanzminister Wolfgang Schäuble, um zusätzliche Mittel für die Bundespolizeien und das Bundesamt für Verfassungsschutz einzuwerben. au